



Amt der Bgld. Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 05. Feber 2021
Sachb.: Ing. Martin Gangl
Tel.: +43 57 600-2910
Fax: +43 57 600-2775
E-Mail: post.a2@bgld.gv.at

Zahl: A2/G.P1028-10000-28-2021
**Betreff: Österreichischer Gehörlosenbund,
1100 Wien, Waldgasse 13/2;
Sammelbewilligung vom 15. April 2021 bis 15.Juli 2021**

B e s c h e i d

S p r u c h

Die Burgenländische Landesregierung erteilt dem Österreichischen Gehörlosenbund, 1100 Wien, Waldgasse 13/2, gemäß §§ 4, 5 und 9 Abs. 1 lit. c des Burgenländischen Sammlungsgesetzes, LGBl. Nr. 15/1970 i.d.g.F, für die Zeit vom **15. April 2021 bis 15. Juli 2021** die Bewilligung zur Durchführung einer öffentlichen Sammlung von Haus zu Haus im Bereich des Landes Burgenland zum Zwecke der finanziellen Unterstützung für die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes (Personalkosten, Sanierungskosten, Büroausstattung, ...) sowie zum Zwecke der Finanzierung und Umsetzung diverser Projekte und Veranstaltungen unter nachstehenden Auflagen:

1. Die Sammlung darf sowohl mit Sammelbüchsen als auch mit Sammellisten vorgenommen werden.
2. Als Sammler dürfen nur vertrauenswürdige Personen herangezogen werden. Der Sammlungsveranstalter hat den Sammlern Legitimationen auszustellen, die beim Sammeln auf Verlangen vorzuweisen sind.
3. Der Sammlungsveranstalter hat die Legitimationen der Sammler, die Sammellisten und Sammelbüchsen vor Beginn der Sammlung jeweils vom zuständigen Gemeindeamt amtlich kennzeichnen zu lassen (Sichtvermerk).
4. Die Sammellisten haben die Daten der behördlichen Bewilligung, den Sichtvermerk des zuständigen Gemeindeamtes, den Zweck der Sammlung sowie den Namen des Sammlers zu enthalten und sind fortlaufend mit Nummern zu versehen. Sammelbüchsen sind gegen unbefugte Öffnung durch Plombieren, Versiegeln o.ä. zu sichern.

5. Die Entlohnung der Sammler darf das Ausmaß von 10 v.H. des Sammelergebnisses nicht übersteigen.
6. Das Gesamtergebnis ist **binnen 6 Wochen nach Ablauf der Geltungsdauer dieser Sammelbewilligung** dem Amt der Burgenländischen Landesregierung unter gleichzeitiger Vorlage einer ordnungsgemäßen Abrechnung bekannt zu geben.

B e g r ü n d u n g

Gemäß § 58 Abs. 2 AVG entfällt eine Begründung, da dem Standpunkt der Partei vollinhaltlich Rechnung getragen wird.

R e c h t s m i t t e l b e l e h r u n g

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid Beschwerde zu erheben. Die Beschwerde ist binnen vier Wochen nach Zustellung des Bescheides bei der bescheiderlassenden Behörde in schriftlicher Form einzubringen.

Die Beschwerde hat zu enthalten:

1. die Bezeichnung des angefochtenen Bescheides;
2. die Bezeichnung der belangten Behörde (bescheiderlassenden Behörde);
3. die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt;
4. das Begehren (Erklärung über Ziel und Umfang der Anfechtung) und
5. die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist.

Die Beschwerde kann in folgender Form eingebracht werden:

postalisch; Abgabe bei der Behörde
mittels Telefax

mittels Online-Formular Rechtsmittel in Verwaltungsverfahren, Internetadresse
<http://www.e-government.bgld.gv.at/formulare> oder unter anbringen@bgld.gv.at oder unter
post.a2@bgld.gv.at

Für die Beschwerde ist eine Gebühr von € 30,-- zu entrichten. Die Gebührenschuld entsteht im Zeitpunkt der Einbringung der Eingabe. Die Gebühr ist unter Angabe des Verwendungszwecks (etwa Hinweis Pauschalgebühr, Art der Eingabe, Name und Behörde) durch Überweisung auf das Konto des Finanzamtes für Gebühren, Verkehrssteuern und Glücksspiel (BAWAG P.S.K., IBAN: AT83 0100 0000 0550 4109, BIC: BUNDATWW) zu entrichten. Die Entrichtung der Gebühr ist durch einen von einer Post-Geschäftsstelle oder einem Kreditinstitut bestätigten Zahlungsbeleg in Urschrift nachzuweisen. Dieser Beleg ist der Eingabe anzuschließen. Für jede Eingabe ist die Vorlage eines gesonderten Beleges erforderlich.

Hinweis: Sie haben das Recht, in der Beschwerde die Durchführung einer mündlichen Verhandlung zu beantragen. Wenn Sie diesen Antrag nicht stellen, kann dies als Verzicht auf eine mündliche Verhandlung gewertet werden.

Weitere Hinweise gemäß § 8a Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz:

Ein Verfahrenshilfeantrag ist schriftlich zu stellen und ist bis zur Vorlage der Beschwerde bei der Behörde, ab Vorlage der Beschwerde beim Verwaltungsgericht einzubringen. In diesem Antrag ist die Rechtssache zu bezeichnen, für die die Bewilligung der Verfahrenshilfe begehrt wird.

Ergeht an:

1. den Österreichischen Gehörlosenbund, 1100 Wien, Waldgasse 13/2, (per RSb)
2. alle Bezirkshauptmannschaften, zur Kenntnis,
3. den Magistrat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt, 7000 Eisenstadt, zur Kenntnis,
4. den Magistrat der Freistadt Rust, 7071 Rust, zur Kenntnis,
5. alle Gemeinden, zur Kenntnis,
6. die Landespolizeidirektion 7000 Eisenstadt, zur Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Die Abteilungsvorständin:
Mag.^a Brigitte Novosel



Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Siegelprüfung und Verifikation unter
www.burgenland.at/amtssignatur

Amt der Burgenländischen Landesregierung • A-7000 Eisenstadt • Europaplatz 1
Telefon +43 57 600-0 • Fax +43 2682 61884 • E-Mail anbringen@bgld.gv.at
www.burgenland.at • Datenschutz <https://www.burgenland.at/datenschutz>